OST-WEST informationen

Vierteljahresschrift Nr. 4/94 Dezember 94 6. Jg. S 40,-

Alternativ-sozialistisches Osteuropakomitee Graz

Linke im Osten:

Zwischen Utopie und Nostalgie

INHALT

6. Jahrgang 4/94

3
Linke in Osteuropa
von Judith Dellheim

7
Sozialdemokratie
Kein Phönix aus der Asche?
von Lisl Kauer

12
Rußland
Die Lehren aus dem Oktoberputsch
von Alexander Busgalin

20
Extreme Lösungen für eine extreme Situation
Gespräch mit Boris Kagarlizkij

21
Bewegung von "unten" notwendig...
von Boris Krawtschenko

26
Ungarn
Niedergang und Aufschwung
von Laszlo Andor

32
Die Linke Alternative
von Györgyi Sebestien

33
Slowakei
Sozialdemokratische Vielfalt
von Janko Sekaj

38
Linke in Kroatien
Zuerst kroatisch, dann links
von Stipe Suvar

42
Am Rand des politischen Spektrums
von Anna Grünfelder und Andreas Stadler

44
Slowenien
"Gegen die Grausamkeit des Kapitalismus..."
Gespräch mit Sonja Lokar

47
Konferenzbericht

49
Chronologie

Bewegung von "unten" ist notwendig...

von Boris Krawtschenko

●Für die russische Linke stellt die Arbeit in und mit den Gewerkschaften einen zentralen Hebel dar, den fatalen Auswirkungen der neoliberalen Politik entgegenzuwirken und den Aufbau einer sozialistischen Massenpartei voranzutreiben.●

Boris Krawtschenko ist Mitglied der Partei der Arbeit.

Liebe KollegInnen!

In diesem Referat will ich überblicksmäßig auf die aktuellen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den verschiedenen Kräften der Linken in Rußland und in anderen Ländern eingehen. Im großen und ganzen kann man sagen, daß die Gewerkschaften in den meisten Ländern mit einem entwickelten Markt zu einem natürlichen Bestandteil der Linken geworden sind. In vielen dieser Länder gründeten sie Linksparteien, sozialistische oder sozialdemokratische, und in manchen Ländern sind sie sogar kollektiv Mitglieder dieser Parteien. Selbst wenn sie sich gegenüber zentralen Fragen in Zusammenhang mit den sozialen und ökonomischen Interessen der Werktätigen anders verhielten als die politischen Organisationen, geriet ihnen das nicht zum Nachteil.

In einigen Fällen trugen politische Parteien und kirchliche Kreise zur Bildung und Festigung von Gewerkschaften bei, bildeten mit ihnen so etwas wie eine "Familie". Das war in Frankreich, Italien, Spanien und in den Benelux-Ländern der Fall. In diesen Ländern waren die Gewerkschaften am linken Flügel solcher "Familien" angesiedelt. Die Gewerkschaften sind dabei aber keineswegs zu einer rein politischen Kraft geworden, zu einem Anhängsel einer politischen Partei oder eines religiösen Bekenntnisses. Im Gegenteil, sie heben ihre Unabhängigkeit hervor und konzentrieren sich bei ihrer Tätigkeit auf soziale und ökonomische Fragen, während die parlamentarische Tätigkeit und das Ausarbeiten politischer Strategien den Parteien vorbehalten bleiben. Ganz allgemein kann man sagen, daß die Gewerkschaften meistens einen beachtlichen und gewichtigen Teil der linken Kräfte der jeweiligen Länder bilden. Und nachdem diese Situation in fast allen entwickelten, marktwirtschaftlich orientierten Staaten gegeben ist, kann man davon ausgehen, daß es sich hier um eine historische Zwangsläufigkeit handelt, die man nicht unterschätzen darf, wenn man darangeht, die Positionierung der Gewerkschaften im politischen Raum des heutigen Rußland oder der Nachfolgestaaten der UdSSR zu bestimmen. Die USA sind ein Sonderfall. Dort betonen die Gewerkschaften mit ihrem Prinzip der "reinen Gewerkschaftsidee" besonders ihre traditionelle Distanz zur Politik. Was sie allerdings nicht daran hindert, den linken Flügel der Demokraten zu unterstützen. Seit 1968 rufen sie bei Präsidentschaftswahlen regelmäßig zur Wahl der entsprechenden Kandidaten auf und haben ein ganzes System von Körperschaften - die Komitees für politische Bildung - aufgebaut, deren Aufgabe es ist, die Stimmabgabe von Gewerkschaftsmitgliedern organisatorisch zu unterstützen, jene KandidatInnen zu fördern, deren Programme mit denen der Gewerkschaften übereinstimmen, und Wahlreden zu verfolgen sowie das Abstimmungsverhalten gewählter Abgeordneter in repräsentativen Körperschaften zu beobachten.

Neue Gewerkschaften: Zuerst antitotalitär, dann regierungstreu

Wie sieht nun die Situation in Rußland aus, wo die durch die Perestroika wieder zum Leben erwachte Arbeiterbewegung großen Einfluß auf jene Reformen hatte, die das internationale Kräftegleichgewicht so sehr verändert haben? Wenn man sich die Tätigkeit der Gewerkschaften unseres Landes in den letzten fünf bis acht Jahren vor Augen führt, wird offensichtlich, daß diese Organisationen, gleichgültig nun, ob es die traditionellen sind oder die "neuen", die aus dem berühmten Bergarbeiterstreik[1] hervorgingen, mit den plötzlichen großen Veränderungen wie dem Zusammenbruch des alten Sozialsystems und den neuen Arbeits- und Besitzverhältnissen völlig unvorbereitet konfrontiert wurden. Dafür gibt es zahlreiche Gründe:

- Erstens bewirkte die traditionelle Rolle der Gewerkschaften, nämlich die eines Transmissionsriemens der Kommunistischen Partei, einen Autoritätsverlust in nahezu allen Bereichen der modernen Gewerkschaftsbewegung.
- Zweitens rekrutierten sich die mittleren und höheren Gewerkschaftsebenen vie-

le Jahre aus in Ungnade gefallenen Parteibürokraten, die selbstredend zu jedem unabhängigen Denken und Handeln unfähig und damit für die Gewerkschaftsarbeit nutzlos waren. Unter denjenigen, die dann im Zuge der Perestroika zu den Gewerkschaften stießen, waren nicht nur wirkliche Arbeiterführer, sondern auch eine ganze Reihe von Demagogen, die nicht erkennen konnten oder wollten, daß die Entwicklung des Landes in eine neue Phase getreten war.

- Drittens unternahmen die Gewerkschaften angesichts des Zusammenbruchs des alten Systems nichts, um sich mit ihrer eigenen Rolle in diesem Prozeß auseinanderzusetzen, nicht einmal theoretisch.

Bis August 1991 entwickelte sich die soziale Opposition (hervorgetan hat sie sich durch den mächtigen Bergarbeiterstreik und andere Arbeiteraktionen) als antitotalitäres Gegensystem. Ihr Hauptziel war die Zerstörung der bestehenden Verhältnisse, die Überwindung der Diktatur der Nomenklatura, und somit war der politische Aspekt der sozialen Opposition vorherrschend. In so gut wie allen Massenbewegungen der Jahre 1989 und 1990 stellte sich heraus, daß es nicht die ehemalige Nomenklatura, sondern vielmehr die einfache Arbeiterschaft war, die danach strebte, das Eigentum umzuverteilen. Die wirtschaftlichen Forderungen der Bergarbeiter - die Änderung des Entlohnungssystems - bekam eine politische Dimension. In der Hauptsache ging es um die Liquidierung der Diktatur der KPdSU. Die werktätige Bevölkerung erkannte ihre eigene Bedeutung und beteiligte sich aktiv an der politischen Auseinandersetzung, sowohl auf nationaler wie auf regionaler Ebene. Das antitotalitäre Spektrum war zu der Zeit breit gefächert, aber die natürlichen und spezifischen Anliegen der Lohnempfänger wurde von keiner Seite eingebracht. Beim Zusammenbruch der UdSSR hatte sich dann die Arbeiterbewegung in den größten Sowjetrepubliken bereits formiert und schien bereit zu sein, ihre eigenen Interessen zu vertreten. Aber unter diesen Umständen konnte der Großteil der Gewerkschaftsführer kein richtiges Betätigungsfeld finden, weder innenpolitisch im sozialen Bereich, noch rund um die Problematik, daß sich die alten ökonomischen Beziehungen mit den abgespalteten Ländern auflösten. Nachdem sie also alle Versuche, auf diese Prozesse Einfluß zu nehmen, aufgegeben hatten, stießen die Gewerkschaften auf eine neue Art von Problemen. Tatsächlich waren die russischen Gewerkschaften, und insbesondere die größte, die Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Rußlands, mit den sozialen Konsequenzen der Privatisierungen und der Politik Gaidars konfrontiert, d. h. mit Lohnrückständen, galoppierender Inflation und wachsender Arbeitslosigkeit. Sogar jetzt, wo bei den russischen Arbeitsämtern ungefähr 12 Millionen Arbeitslose registriert sind, haben die elf größten Gewerkschaften Rußlands kein Programm gegen die Arbeitslosigkeit aufzuweisen, mit dem sich der Staat auseinandersetzen könnte. Statt klare Positionen zu beziehen und tätig zu werden, machen sich die Gewerkschaften daran, nach einem Ersatz für die KPdSU Ausschau zu halten und mit der Macht zu liebäugeln. Die Gewerkschaften, die aus antikommunistischen Bewegungen hervorgegangen sind, wurden zu Vorreitern dieser Entwicklung.

Heute werden in Rußland jene Gewerkschaften, die nach 1989 aufgetreten sind (die Unabhängige Gewerkschaft der Bergarbeiter, die gewerkschaftliche Vereinigung "Sozprof", die Gewerkschaft der Piloten, der Fluglotsen, der Eisenbahner, der HafenarbeiterInnen u. a.), als "Regierungsgewerkschaften" bezeichnet. Ihre Zahl ist verhältnismäßig klein - sie vertreten etwa drei Prozent der werktätigen Bevölkerung. Sie haben mächtige Streiks organisiert, aber gleichzeitig versucht, vertragliche Beziehungen mit dem repressiven Staat und den Chefetagen der Betriebe aufzubauen. Dafür, daß sie die Regierung unterstützten, erwarteten sie Vergünstigungen für ihre Mitglieder und ihre Berufsgruppen. Diese Taktik entspricht ziemlich genau jener der westlichen Arbeiteraristokratie, die erreichte Vorteile dazu nützt, um die Solidarität der werktätigen Bevölkerung zu untergraben. Die Tatsache, daß die Mitgliederzahl dieser Gewerkschaften stagniert, kann daher nicht überraschen. Die Unabhängige Gewerkschaft der Bergarbeiter, die sich besonders für eine Sozialpartnerschaft stark macht, hat zur Zeit dieselben 50.000 Mitglieder wie vor drei Jahren, während des großen Streiks. Wie hoffnungslos eine solche Politik ist, erkennen sogar politisch vollkommen unbedarfte Arbeiter. Heute zählen die Führer der neuen Gewerkschaften auf die Beziehungen, die sie zur Macht und der Nomenklatura hergestellt haben. Die Allianz zwischen den Eliten dieser Gewerkschaften und der Verwaltung schien vor dem Hintergrund der in ganz Rußland kollabierenden staatlichen Industrie unvermeidlich, aber nun stellt sich die Frage, ob sie fähig sind, in naher Zukunft unabhängig zu werden.

Alte Gewerkschaften: Gegen Schocktherapie, aber auch gegen Selbstorganisation

Die alten Gewerkschaften, die Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Rußlands (FNPR), unterstützen die ArbeiterInnen vor allem in ihrer Eigenschaft als LohnarbeiterInnen. Die unbegründete Angst, daß die ArbeiterInnen, wenn sie Miteigentümer der Betriebe würden, die Gewerkschaften entbehren könnten, stand bei dieser Politik offensichtlich Pate. Gleichzeitig war die FNPR 1992 die einzige große Gewerkschaft, die sich den Schockreformen widersetzte. Leider wurde diese Richtung nicht weiterverfolgt. So konnte die FNPR nicht zum Exponenten jener Kräfte werden, die die Interessen und Fähigkeiten der Werktätigen dazu nützen, soziale und politische Veränderungen herbeizuführen.

Sowohl innerhalb wie auch außerhalb der FNPR gab es Gruppen, die von der Überzeugung ausgingen, daß die Entscheidungsgewalt in der Industrie den ArbeiterInnen gehören müsse. Die Hauptpunkte der demokratischen Unternehmensreform zielen auf folgendes ab: Jede Betriebseinheit muß Eigentums- und Verwaltungsform frei wählen können, jede Betriebseinheit muß das Recht haben, die Privatisierung nicht durchzuführen, das Unternehmen ohne Ablöse zu übernehmen und ihre eigene Verwaltung aufzustellen. Aber die Bewegung für eine demokratische Industrie ist ideologisch gesehen auch nicht unabhängig. Zu ihr gehören viele, die sich der beschleunigten Zwangsprivatisierung nicht widersetzen konnten und wollten. Selbstverwaltung wurde als der erste Schritt zur Privatisierung gesehen. Was es wirklich bedeutete, wenn Staatseigentum über Beteiligungen und Gutscheine aufgeteilt wurde, und welche Folgen das hat, ist einfach nicht verstanden worden. Diejenigen, die die Auswirkungen derartiger Reformen vorhersagten, stießen auf taube Ohren. Der Kampf um Macht und Eigentum für die ArbeiterInnen ist nun in einer Krise. Die einzige Möglichkeit, diese zu überwinden, ist eine vorausschauende Strategie, die mehr Leute für die Vorstellung einer demokratischen Industrie zu gewinnen sucht. Das ideologische Vakuum, entstanden durch die Unfähigkeit der linken Kräfte, sich gemeinsam zum Widerstand gegen die liberale Ideologie aufzuraffen, hat das gegenwärtige Regime ermöglicht und dazu geführt, daß die Arbeiter- und die Gewerkschaftsbewegung jetzt so hilflos sind. Hät-

ten sie eine Strategie, dann wären alle Angriffe auf die Rechte der Werktätigen vorherseh- und damit vermeidbar. Die Hauptaufgabe der demokratischen Linken ist es daher, bei der Ausarbeitung einer solchen Strategie mitzuwirken. Als die Schockreformen angegangen wurden, war die Bevölkerung Rußlands noch nicht so weit, um ihre eigenen Interessen und Rechte verteidigen zu können. Individuelle Proteste und lokale Streiks konnten gegen die Angriffe von Regierungsseite wenig ausrichten. Die linke Opposition ist schwach, weil es keine breite Bewegung der arbeitenden Bevölkerung mit klaren unabhängigen Zielvorstellungen gibt. Die Arbeiterbewegung steht noch immer unter dem Einfluß der offiziellen Propaganda, die die eingeleiteten Reformen als die einzige Möglichkeit darstellt, die Krise in Rußland zu überwinden. Den Sichtweisen und Handlungsmöglichkeiten, die für die alte und neue Nomenklatura von Vorteil sind, wird von den ArbeiterInnen und ihren Organisationen mit Vertrauen begegnet.

Die andere Seite dieses Prozesses ist freilich die zunehmende Anfälligkeit eines Teils der Bevölkerung für den Faschismus, was im Zusammenhang mit dem Entstehen eines Lumpenproletariats, mit der Verarmung und der steigenden Arbeitslosigkeit als weitere Folgen der Schocktherapie zu sehen ist. Daher machen wir im Augenblick die Erfahrung, daß die Föderation der Freien Gewerkschaften, eine der größten in Rußland, mit einer extrem nationalistischen Organisation, nämlich der "Russischen Nationalen Einheit", zusammenarbeitet. Der Führer dieser Gewerkschaft erklärt öffentlich, daß das Konzept des korporativen Staates, also die Basis seines Programms, den Werken von "Klassikern" wie Mussolini entnommen seien. Und am allertraurigsten ist, daß solche Führungspersönlichkeiten in Industrieregionen wie Zentralrußland, Sibirien oder im äußersten Norden Unterstützung finden. Die Organisation wächst. Es kam zu mehreren Streiks und Versammlungen, die mit wirtschaftlichen Forderungen begannen und in der Folge in nationalistische Aktionen ausarteten. Dies geschah zum Beispiel bei einer Veranstaltung zum Gedenken an die Erschießung von Arbeitern in Novotscherkassk im Jahre 1962. Das Erstarken dieser Tendenzen ist erschreckend, und diese Tatsachen sagen über den Gesinnungswandel der Bevölkerung mehr aus als Schirinowskis Wahlerfolge.

Den organisierten Widerstand der ArbeiterInnen aufbauen helfen

Divergierende politische Analysen und Forderungen anstelle von gemeinsamen Aktionen, spätes Erkennen des Hintergrunds der Situation, ungenügende Koordination in der politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzung, das sind die wesentlichen Kennzeichen der Gegenwart, der ersten Entwicklungsphase der russischen Arbeiterbewegung. Der spontane Widerstand der Arbeiter nimmt oft die Form neuer politischer Forderungen an. Man muß aber bedenken, daß politische Forderungen für Gewerkschaften die äußerste Gangart darstellen. Solange die Arbeiter keine politische Kraft sind - und darin liegt die eigentliche Bedeutung dieser Umstände -, solange es keine gesamtrussische Bewegung oder Partei gibt, die ihren Forderungen Ausdruck verleiht, solange wird jede politische Krise den extremistischen Organisationen, den Gegnern des Parlaments, die sich keinen Deut um die ArbeiterInnen scheren, in die Hände spielen.

Der vom Regime durchgeführte Staatsstreich im Oktober 1993 hatte unter anderem das Ziel, jedweden Widerstand gegen das derzeitige offizielle Programm zu diskreditieren. Die Aktionen der sogenannten "Unversöhnlichen" gestatteten es der Regierung, eine Bedrohung an die Wand zu malen und gleichzeitig die Kapitalakkumulation noch weiter voranzutreiben. Jelzins Regime ließ keinen Zweifel darüber offen, daß es in seiner Politik keine Sozialmaßnahmen geben werde. Und tatsächlich werden seit April keine Löhne mehr ausbezahlt, kommt es allerorten zu Kürzungen und zur beschleunigten Schließung von Bergwerken (derzeit ist die Stillegung von 48 Kohlegruben geplant). Den Interessen der ArbeiterInnen wurde im weiteren Reformprozeß also in keiner Weise Rechnung getragen. Die Verschlechterung des Lebensstandards und der Arbeitsmarktsituation sowie das Gefühl der totalen Wehrlosigkeit könnte im Land den denkbar schlimmsten sozialen Schock auslösen.
Heute heißt es in Rußland, daß der bevorstehende Herbst "heiß" werden dürfte. Dennoch zeichnet sich auf Gewerkschaftsebene für die unmittelbare Zukunft nichts ab, was auch nur irgendwie von Bedeutung sein könnte, und dadurch birgt die Ballung ungelöster sozialer Probleme, insbesondere der Arbeitslosigkeit, nichts weniger als die Gefahr einer sozialen Explosion. Auf der Gegenseite beschleunigen die Reformmethoden in Rußland das Auftreten jener sozialen Kräfte, die typisch sind für eine Ära der primären Kapitalakkumulation. In so einer Situation wäre die Existenz eines organisierten Widerstands der werktätigen Massen unabdingbar, um für die politischen und wirtschaftlichen Rechte zu kämpfen. Gewerkschaften können unter bestimmten Voraussetzungen diesen Widerstand leisten. Bis jetzt haben wir nur einige wenige Versuche linker Beteiligung in den Gewerkschaften gesehen. Ein Beispiel ist die Tätigkeit der Gewerkschaftsbewegung KAS-KOR[2], in der ich selber vier Jahre lang mitgewirkt habe. Leider hat diese ihre Tätigkeit mittlerweile eingestellt.

Ein weiteres Beispiel sind die Versuche der Partei der Arbeit, in der Föderation der Unabhängigen Gewerkschafter Rußlands mitzuarbeiten, was auf regionaler Ebene akzeptiert wurde. Gleichzeitig, so hoffe ich, sind sich die Mitglieder der Partei der Arbeit bewußt, daß eine breite Bewegung von Gewerkschaftsmitgliedern der unteren Ebene notwendig ist, damit ihre Ziele erreicht werden können. Dies allerdings widerspricht den Plänen der derzeitigen FNPR-Führung, die seit Oktober 1993 am Ruder ist. Ich glaube, daß in allernächster Zukunft die politische Selbstorganisation der russischen ArbeiterInnen die Gewerkschaftsbewegung entscheidend prägen wird. Wir hoffen jedenfalls, daß entweder eine neue politische Massenpartei den natürlichen Interessen der werktätigen Bevölkerung Ausdruck verleiht oder daß die bereits existierenden Gewerkschaften aktiver und radikaler werden bzw. daß es zu Neugründungen kommt. Wie dem auch sei, diese Prozesse werden einen entscheidenden Einfluß auf die linke Sphäre der russischen Öffentlichkeit haben. Das sind die Hoffnungen der russischen Linken, ein weites Feld, das in allernächster Zukunft zu bestellen sein wird.

Referat, gehalten auf der Konferenz "Perspektiven der Linken" am 17.9.1994 in Budapest.

Aus dem Englischen von Wolfgang Friedrich.

---

1 Im Juli 1989 führte der Generalstreik der BergarbeiterInnen zur Bildung der Unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft (NPG).

2 Konföderation der Anarcho-Syndikalisten, 1989 gegründet.